

Protokoll der Delegiertenversammlung

24. Februar 2018, 10.45 – 16:15 Uhr, „Zum Schwarzen Urstier“ Altdorf

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Simon Roth

Anwesend: 200 Delegierte und ca. 40 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert. Dieses Protokoll gibt die Aussagen der Sprechenden lediglich gekürzt und sinngemäss wieder.

1. Eröffnungsgeschäfte

Flavia Wasserfallen, Co-Generalsekretärin, eröffnet die Delegiertenversammlung.

Grussbotschaft von **Urs Kalin**, Gemeindepräsident Altdorf. Er freut sich, dass die SP zum ersten Mal überhaupt eine Delegiertenversammlung im Kanton Uri durchführt und gibt einen kurzen Einblick in die Geschichte Altdorfs und der lokalen SP. Seine Hoffnung ist, dass mit der Neat, Altdorf wieder, wie früher, das Tor in den Süden werde.

Grussbotschaft von **Dimitri Moretti**, Regierungsrat Kanton Uri. Urner seien dem Wappen gemäss «Stierengrinde», was geholfen habe, die letzte SP-Regierungsbeteiligung in der Zentralschweiz zu verteidigen. Er weist darauf hin, dass der Kanton Uri stark von den NFA-Geldern abhängig ist – nicht zu Letzt um die Folgen dies Klimawandels zu bewältigen.

Grussbotschaft der SP Bergkantone: **Gilbert Truffer** (SP Oberwallis), **Silva Semadeni** (SP Graubünden). In den Bergkantonen gäbe es laut Gilbert für die Sozialdemokratie noch viel Luft nach oben. Ziel der SP-Bergkantone sei es, die Anliegen der Berggebiete innerhalb der SP besser einzubringen. Auch Silva betonte, dass es wichtig sei, die Solidarität zwischen urbanen und alpinen Gebieten zu stärken.

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Karin Mader wird stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Schlussdokumentation

In der Schlussdokumentation sind nochmals sämtliche Papiere enthalten.

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen:

Traktandum 6, Wahlgeschäfte:

Neuwahl Präsidium Fachkommission Umwelt, Energie, Raumplanung
Neuwahl Co-Präsidium Fachkommission Migration und Integration

Traktandum 7, Wirtschaft 4.0:

Insgesamt sind 60 Motionen eingegangen.

Traktandum 8, Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 10. Juni 2018

- Volksinitiative vom 1. Dezember 2015 «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»
- Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS)

Traktandum 9, Resolutionen und Anträge:

- R-1b der Juso: Gegenresolution „Nein zu einer Strommarktöffnung“
- R-2 der GL: Demokratie braucht eine vielfältige Medienlandschaft und journalistische Qualität
- R-4-a der GL: Für eine menschliche Anwendung der Dublin-Verordnung zum Schutz besonders verletzlicher Flüchtlinge
- R-4b SP60+: Rückstellung von Migranten „Nichteintretensentscheid“ (NEM)
- R-5 SP Graubünden et al: Nein zu Olympia
- R-6 Fabian Molina et al: USR IV - Den ruinösen Steuerwettbewerb bekämpfen
- R-7 SP Tessin: Für eine bessere Integration der Sprachminderheiten in der SPS

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Tagesordnung wird genehmigt

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Ordnungsantrag zu Traktandum 7: Redezeitbeschränkung bei Behandlung der Motionen auf 3 Minuten für Antragstellende und 2 Minuten für weitere Wortmeldungen. Für die Eintretensdebatte wird es keine Redezeitbeschränkung geben.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Ordnungsantrag wird genehmigt.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen beim Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden.

Protokoll der DV vom 14. Oktober 2017 in Olten

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2017 in Olten. Dieses kann unter www.sp-ps.ch heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit Dank an den Verfasser Claudio Marti genehmigt.

2. Mitteilungen

Leyla Gül, Co-Generalsekretärin, weist auf verschiedene Veranstaltungen hin:

- Tagung Mitbestimmung „Mehr Demokratie für eine zukunftsfähige Wirtschaft“, 8./9. März in Bern, Co-Organisation SGB und SP.
- Die Sommeruni findet vom 9. bis 12. August 2018 in Chandolin statt.
- Die Sektionen haben in den letzten Tagen Post zum Landesstreik-Jubiläum erhalten. Am 10. November wird das Jubiläumsfest durchgeführt.

Nadia Kuhn bemängelt, dass die vier Reden nur von Männern gehalten werden. Frauen würden konsequent aus dem politischen Rahmen gedrängt. Feminismus sei mehr als Lippenbekenntnis, sondern bedeute das Brechen von diskriminierenden Gewohnheiten.

Flavia Wasserfallen hält fest, dass an der letzten Delegiertenversammlung 70% der Redebeiträge von Frauen gehalten wurden.

3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Christian Levrat wendet sich an die Delegierten und Gäste:

Altdorf ist ein wichtiger Fleck auf der politischen Landkarte der Sozialdemokratischen Partei. Nicht unbedingt wegen der Wilhelm Tell-Statue, und auch nicht wegen der riesigen Investitionen eines ägyptischen Milliardärs in Andermatt. Der Grund ist auch nicht der Bau der zweiten Gotthardröhre, wie ich fürchte.

Klar, Uri ist die Wahlheimat von Rebekka Wyler, die wir heute zur neuen Co-Generalsekretärin wählen dürfen. Eine Heimat, in der sie sich so gut eingelebt hat, dass sie heute einen Sitz in der Exekutive von Erstfeld hat. Wer sagt, die Zürcherinnen und Zürcher gedeihen nur am Ufer der Limmat – die Linken – oder an der Goldküste des Zürichsees – die anderen?

Der Weg von Rebekka aber, die vor ihrem Exekutiv-Amt in Erstfeld im Stadtparlament von Zürich sass, zeigt sehr schön auf, welchen Anspruch wir als verantwortungsvolle Partei haben: Der Anspruch, das Land zu einen, und zwar mit einer ausgeglichenen Politik für die urbanen Zentren, genauso wie für die Bergregionen, für die Stadtzentren, deren Agglomerationen und die Dörfer in den Alpen. Die SP ist in Zürich, Bern oder Lausanne verankert. Sie ist aber auch hier in Altdorf zu Hause. Und das ist gut für uns. Aber es ist auch essenziell für diese Regionen. Die Zentralschweiz, die Ostschweiz, die Bergregionen brauchen eine starke SP. Denn wir sind die Garantin des nationalen Zusammenhaltes, der Sozialversicherungen, des Service public, der Chancengleichheit.

Wenn ich mich auf den heutigen Tag freue, dann weil ich heute die Möglichkeit habe, unsere Rolle als Garantin des nationalen Zusammenhalts zu betonen. Ein Zusammenhalt, der in Zeiten von Kam-

pagnen rund um No-Billag und die SRG umso wichtiger wird. Noch selten hat eine Initiative unsere Gegner so klar entlarvt: Sie wollen lieber «fake news» auf Facebook, satt überprüfte und unabhängige Nachrichten. Sie wollen Teleblocher statt die Tagesschau; lieber die Girls von Berlusconi als die Arena oder Infrarouge. Sie bevorzugen die Region Zürich, welche sich als einzige in der Schweiz private TV-Sender ohne Subventionen leisten kann, statt der Zentralschweiz, der Ostschweiz, der Romandie und der italienischen Schweiz. Sie wollen, dass jede und jeder für sich schaut, statt «Einer für alle, alle für einen». Nun, genau darüber werden wir in einer Woche abstimmen. Es ist wichtig, dass es ein deutliches Resultat wird: Nein zu SVP-Medien, nein zum Egoismus, nein zu manipulierten Nachrichten, sei es nun von Moskau oder Herrliberg.

Postauto: Wiederherstellung der Idee des Service public

Sich hinter den Leistungsauftrag der SRG zu stellen, bedeutet, einen umfassenden Service public verteidigen. Es bedeutet, die Qualität – in diesem Fall der Informationen – vor die Gewinne einiger privater Medienunternehmen zu stellen. Wir haben kürzlich im Fall Postauto gesehen, weshalb die Verteidigung der Idee des Service public so aktuell und so wichtig ist. Wir haben gesehen, wohin die Profitgier führt. Wir haben das Ergebnis überbezahlter Manager gesehen, die von Leuten eingesetzt wurden, die nur von hohen Renditen träumen: ein Spiel interner Buchhaltung bei Postauto und wahrscheinlich auch bei den Poststellen. Ein skandalöser Betrug, der darauf abzielt, möglichst viel von den Kantonen und Gemeinden abzuschöpfen, mit dem einzigen Ziel die Boni der Beteiligten zu erhöhen.

Es wird Zeit, dass wir die Führung unserer öffentlichen Unternehmen daran erinnern, dass ihr Ziel nicht in der Profitmaximierung liegt. Die Ziele müssten die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden, die Unterstützung der Bevölkerung, vielleicht auch der Rückgang der benötigten Subventionen sein. Aber nicht der Profit. Nicht die Boni. Eine Million für den Chef der SBB, eine Million für die Chefin der Post. Wofür? Beschränken wir die Löhne, schaffen wir die Boni ab. Für alle Führungskräfte der öffentlichen Unternehmen. Das ist die erste Massnahme, die wir treffen müssen. Wir arbeiten daran und hoffen, dass wir die nötigen Mehrheiten finden werden.

Wer die Lage unserer staatlichen Unternehmen betrachtet, bemerkt, dass diese seit mehreren Jahren Opfer einer Logik der Liberalisierung, der Privatisierung und der Rendite um jeden Preis sind. In den Führungsetagen wurden die Verteidiger des Service public von kleinen Managern abgelöst, die von einer Privatwirtschaft träumen. Man spricht nun mit dem CEO über «Business-to-Business» und «Cash Flow», anstatt mit dem Direktor, der Direktorin, über die Qualität des Service für die Kundinnen und Kunden. Anstatt ihre Verantwortung in diesem Schlamassel einzugestehen, versuchen einige Leute, die gegenwärtige Kakophonie zu nutzen, um den Staatsbetrieben eine Extradosis kurzfristigen Wirtschaftsliberalismus einzupflegen. Ein Heilmittel, das den Kranken tötet, statt ihn zu heilen. Es scheint, dass die FDP die Post und die SBB zerschlagen will. Wir müssen uns im Klaren sein: Wir wollen zurück zu einer menschenfreundlicheren Idee des Service public, mit weniger Liberalisierung, nicht mehr. Wir wollen verankerte Unternehmen, die für das Gemeinwohl arbeiten. Wir wollen kein Heer von Firmen, die mehr oder weniger privatisiert sind. Wir wollen engere politische Vorgaben, die transparenter und stärker auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ausgerichtet sind. Die Postauto-Krise zeigt, dass die Politik sich wieder stärker in die Steuerung dieser Unternehmen einmischen muss, statt sich noch mehr zurückzuziehen. Denn die Postauto-Krise ist eine Krise der Vernachlässigung. Eine Krise, die durch die neoliberalen Ideologien der Rechten in den 90er- und Nullerjahren hervorgerufen wurde, und leider, muss man sagen, auch durch einige aus unseren Reihen.

Haben wir die soziale Frage vergessen?

Vielleicht habt ihr diese Woche davon gelesen: Die Medienstars der französischsprachigen Linken, Didier Eribon und Thomas Piketty, haben die europäischen und amerikanischen Progressiven scharf kritisiert. Sie beschuldigen diese, die schwächsten Menschen vergessen zu haben und ihre Aufmerksamkeit auf die gesellschaftlichen Fragen, den Antirassismus und die Ehe für alle beschränkt zu haben. Um es in den Worten unseres ehemaligen Nationalrats Jean-Claude Rennwald zu sagen: Die Sozialdemokratische Partei beschäftige sich zu stark mit den «Bobos», den jungen, gut Ausgebildeten, und zu wenig mit den «Prolos», den Arbeiterinnen und Arbeitern.

Diese Kritik scheint mir teilweise gerechtfertigt. Wie könnte man verneinen, dass die liberalen Reformen der Regierungen Blair und Schröder dazu beigetragen haben, das Bild der Sozialdemokratie in Europa zu trüben. Die Labour Partei und die SPD tun sich immer noch schwer, sich von dieser Bürde zu lösen. Wie könnte man vergessen, dass die Reformen der Clinton-Administration die Finanzkrise von 2008 eher beschleunigt als gebremst haben. Dies insbesondere wegen der Abschaffung des «Glass-Steagall Act», des Gesetzes, welches den Privatbanken verbot, sich an allzu riskanten Spekulationen zu beteiligen. Kein Wunder, konnte sich Hillary Clinton dann in der amerikanischen Wahlkampagne nicht vom Image der Wall Street-Kandidatin befreien.

Dennoch ist die Kritik von Eribon und Piketty, oder zumindest das, was die Medien darüber berichteten, für mich in zwei Punkten wenig überzeugend. Zuerst einmal glaube ich, dass der Konflikt zwischen den «Bobos», die von Emanzipation träumen (Frauen, Ausländerinnen und Ausländer, Homosexuelle und andere) und den «Prolos», die nur an sozialen Fragen interessiert sind, ein Mythos ist. Man kann für die gleichgeschlechtliche Heirat sein und die AHV stärken wollen. Man kann eine humane Asylpolitik verfolgen und gleichzeitig für anständige Löhne eintreten. Die Freiheit und die Würde der Migrantin, des Migranten ist kein Gegensatz zur Freiheit und Würde der Arbeitnehmenden. Beide sind Teil derselben Bewegung: Freiheit für alle, Menschenwürde für alle, soziale Gerechtigkeit für alle, Chancengleichheit.

Und nun zu meinem zweiten Kritikpunkt. Eribon und Piketty verschweigen die Kämpfe von Teilen der Linken gegen die Politik der Liberalisierung und Privatisierung. In dieser Tradition steht auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz seit 20 Jahren. Es ist kein Zufall, dass der Strommarkt in unserem Land nicht liberalisiert wurde. Es ist kein Zufall, dass die Schweizer Post ihr Brief-Monopol nicht verloren hat. Es ist kein Zufall, dass die SBB nicht zerschlagen wurde und es ist auch kein Zufall, dass die Swisscom immer noch in öffentlicher Hand ist. Es ist das Resultat des politischen Widerstands der SP Schweiz mit der Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung während der globalen Liberalisierungswelle der letzten 20 Jahre. Und das unterscheidet uns von einigen unserer europäischen Genossinnen und Genossen.

Dieser Kampf um den Service public wird wieder kommen, da dürfen wir uns keine Illusionen machen und müssen uns darauf vorbereiten. So wie wir uns darauf vorbereiten müssen, den Kampf um eine Reform der AHV wieder aufzunehmen, welche die Rentenhöhe garantiert, ohne das Rentenalter zu erhöhen. Und genauso müssen wir uns auch in der Gesundheitsdebatte einbringen. Alain Berset hat Recht: Es ist unhaltbar, dass einige Ärzte oder Ärztinnen, die bei uns ausgebildet wurden, in unseren Spitälern arbeiten und durch die Krankenkassenprämien der Grundversicherung finanziert werden, eine Million im Jahr verdienen. Und die empörten Reaktionen der betroffenen Spezialisten zeigen, dass unser Bundesrat einen wunden Punkt getroffen hat. Gut, dass die Debatte jetzt stattfindet. Wir wollen eine bessere Anerkennung der Arbeit der Hausärztinnen und Hausärzte, der Kinderärztinnen und Kinderärzte, und eine Lohnbeschränkung bei einigen der bestbezahlten Spezialisten.

Lasse sie doch toben, lieber Alain, du hast unsere Unterstützung und die einer offensichtlichen Mehrheit der Bevölkerung.

Aber wir brauchen auch jede erdenkliche Unterstützung, um die Belastung der Krankenkassenprämien zu senken. Die Prämien belasten die Familienbudgets immer stärker. Langsam scheinen unsere politischen Gegner das auch zu merken. Zumindest einige von ihnen, die anderen sind zu sehr mit ihren Mandaten in den Verwaltungsräten der Krankenkassen beschäftigt. Wir arbeiten natürlich daran, den Anstieg der Gesundheitskosten zu begrenzen. Aber das können wir nur erreichen, wenn wir das Parlament vom politischen Einfluss der Krankenkassen befreien. Das ist das Ziel der ersten Volksinitiative, zu welcher die Unterschriftensammlung am Laufen ist. Die zweite, an welcher wir arbeiten, will die Höhe der Prämien auf höchstens 10% des Haushaltseinkommens begrenzen. Der Kanton Waadt ist dabei, das zu tun, die Entscheidungen sind gefallen, unser Kollege Pierre-Yves Maillard arbeitet an der Umsetzung. Ein solches Modell wollen wir auf die ganze Schweiz anwenden, so, dass Lohnerhöhungen für kleine und mittlere Einkommen nicht systematisch durch steigende Prämien und Mieten aufgefressen werden. Das wird einer der zentralen Kämpfe der kommenden Jahre sein, eines der wichtigen sozialen Engagements der Partei. Und der Beweis, falls wir überhaupt einen brauchen, dass die SP Schweiz sich um die Schwächsten in der Gesellschaft kümmert. Die Prioritäten, die wir seit Jahren bei der Umverteilung, bei den Sozialversicherungen und den Krankenversicherung setzen, widerlegen, zumindest im Falle der Schweiz, die These von Piketty und Eribon.

Politik ist immer ein Gespräch über die Zukunft, die Menschen wollen einen Plan sehen

Auch wenn die Vernachlässigung der Arbeitnehmenden durch die progressiven europäischen Kräfte relativiert werden muss, muss sie uns dennoch beschäftigen. Denn einige Fragen stellen sich natürlich auch für die Schweiz. Wie können wir die Ängste in grossen Teilen der Bevölkerung vor der Digitalisierung der Wirtschaft, die für sie Arbeitsplatzunsicherheit bedeutet, in den Griff bekommen? Wie machen wir es, dass die Menschen, die wir vertreten, keine Globalisierungsverlierer sind, sondern in ihren Kompetenzen, Perspektiven und Einkünften gestärkt werden? Und wie können wir die Mechanismen der sozialen Umverteilung weiterentwickeln, in einer Wirtschaft, die ihr Wachstumsmodell neu definieren muss?

Unsere ganze Geschichte wurde durch die Verteidigung der Interessen der Arbeitswelt in einem kapitalistischen System geprägt. Dieser Kampf ist überhaupt nicht veraltet, er ist aktueller denn je. Und die Gleichung ist einfach: der technologische Fortschritt, die Globalisierung, die beschränkten natürlichen Ressourcen, das sind Tatsachen, die kaum zu bekämpfen sind. Aber diese Tatsachen stellen den gesellschaftlichen Konsens der glorreichen Dreissiger in Frage. Es ist verführerisch, sich auf die Seite der Gewinner dieser Epoche zu stellen. Das ist der Standpunkt, den sich die Neoliberalen ausgesucht haben. Ihre Position ist bequem, aber sie widerspricht der unseren. Denn wir müssen die Interessen der Verliererinnen und Verlierer, oder derjenigen, denen dies droht, verteidigen.

Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Wege zu finden, wie wir mit der Globalisierung umgehen und gleichzeitig die Arbeitnehmenden in der Schweiz und in den Ländern des Südens schützen können. Es liegt in unserer Verantwortung als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, der Digitalisierung der Wirtschaft den richtigen Rahmen zu geben. Einen Rahmen, damit alle davon profitieren, und nicht nur wenige virtuelle Unternehmen. Die geeignete Richtung des Wachstums zu bestimmen, die der Beschränkung der natürlichen Ressourcen gerecht wird. Von unserer Fähigkeit, Antworten darauf geben zu können, hängen die mittelfristigen Wahlerfolge der Sozialdemokratie ab, und damit die Unterstützung all jener, für die der Liberalismus keine Früchte bringt. Politik ist immer ein Gespräch über die Zukunft, die Menschen wollen einen Plan

sehen. Und diesen Plan, mit der für uns so wichtigen Frage der Wirtschaft, wollen wir dieses Jahr zusammen zeichnen.

Die Verhandlungen führen und abschliessen, ohne die flankierenden Massnahmen anzutasten

Auf der anderen Seite: Wenn es einen Bereich gibt, in dem wir bereits einen klaren Plan haben, dann ist es die europäische Integration der Schweiz. In den letzten Jahren haben wir in diesem Bereich viel Arbeit geleistet. Es ist erstaunlich zu sehen, wie einige Rechte erst in den letzten Wochen entdeckt haben, wie kompliziert die Fragen sind, welche die Fortsetzung des bilateralen Weges aufwirft. Sogar auf höchster Regierungsebene.

Unsere Positionen wurden an der Delegiertenversammlung in la Chaux-de-Fonds und am Parteitag in Thun diskutiert und verabschiedet. Und ich bin zuversichtlich, dass sie realisiert werden:

1. Wir sind für ein institutionelles Abkommen, welches die 120 einzelnen Verträge, die wir mit der Europäischen Union abgeschlossen haben, vereint. Wir haben im Jahr 2018 ein Zeitfenster, in welchem wir über die Inhalte und Details dieses Abkommens verhandeln können. Dieses Zeitfenster muss genutzt werden. Seit fünf Jahren spielt die Schweiz mit Brüssel Katz und Maus. Die Beamten des EDA garantieren der EU den frühzeitigen Abschluss des institutionellen Abkommens, und der Bundesrat nimmt es in seine Jahresziele auf. Aber er will keine substantiellen Fortschritte machen und verlangsamt dann künstlich die Verhandlungen. Lange Zeit dachte ich, es sei klug, so zu handeln. Ich hatte befürchtet, dass die Schweizer Bevölkerung für diese Debatte nicht bereit wäre. Aber ich habe mich geirrt, und mit mir fast die gesamte Politik- und Medienwelt in der Schweiz. Das Vertrauen der Bevölkerung in den Bundesrat schwindet mit jedem Monat, der ergebnislos vergeht. Wir überlassen das politische Feld der SVP und ihren Phantasmen. Die Schweiz verfügt über kein Gremium, an das sie sich bei Verstössen gegen bilaterale Abkommen durch die EU oder einen der Mitgliedstaaten wenden kann. Es ist an der Zeit, diesem Doppelspiel ein Ende zu setzen, dieses Abkommen mit der EU abzuschliessen und es der Stimmbevölkerung vorzulegen.
2. Die Frage der «fremden Richter» ist bestenfalls ein Unverständnis der Funktionsweise der Europäischen Union, schlimmstenfalls eine populistische Manipulation. Für uns ist es nicht zwingend notwendig, dass ein Schiedsgericht, der EU-Gerichtshof oder der EFTA-Gerichtshof Streitigkeiten beilegt. Nicht verhandelbar ist hingegen die Aufrechterhaltung der flankierenden Massnahmen. Es steht nicht zur Debatte, dass der Schutz der Arbeitnehmenden in der Schweiz oder die Meldepflicht für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmende in Frage gestellt wird. Der Angriff der SVP auf die flankierenden Massnahmen zeigt deutlich das Ziel unserer politischen Gegner: erst die Rechte von ausländischen Arbeitnehmenden zu schwächen, und dann diejenigen der Schweizerinnen und Schweizer. Es handelt sich dabei nicht mehr um ein politisches Programm, sondern um den «Businessplan» von EMS Chemie, der die politische Linie der SVP zu bestimmen scheint. Das ist inakzeptabel, und die Öffentlichkeit wird niemals eine Politik der aussenpolitischen Öffnung akzeptieren, die nicht mit ernsthaften sozialen Massnahmen begleitet wird.
3. Wir erwarten, dass sich die Schweiz am EU-Kohäsionsfonds beteiligt. Es handelt sich nicht um eine in Brüssel geopfert Milliarde, die wir zahlen, um den Zorn der Eurokraten zu besänftigen. Es geht vielmehr um die Verteidigung der Interessen der Schweiz, ihrer Sicherheit und ihres Wohlstands, indem unser Land eine positive Entwicklung in den osteuropäischen Staaten unterstützt. Und die jüngsten Entwicklungen in Polen, Ungarn oder Rumänien zeigen, wie notwendig es ist, zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Staaten beizutragen. Denn diese sichert die Bindung der dortigen Bevölkerung an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Wir haben eine einfache Position: Verhandeln wir jetzt dieses Rahmenabkommen auf ernsthafte Weise und sichern wir die flankierenden Massnahmen. Der Status quo ist unhaltbar, und diejenigen, die glauben, dass wir kein Rahmenabkommen benötigen, täuschen sich. Die sogenannte autonome Rechtsübernahme ist ein Angriff auf die Würde unseres souveränen Staats. Die Integration unseres Landes in den Europäischen Binnenmarkt ist aus ökonomischen, politischen und kulturellen Gründen prioritär. Ich habe es bereits gesagt, aber es scheint mir wichtig das hier zu wiederholen, am zentralen Ort der Gründungsmythen unseres Landes: Napoleon hatte für einmal Recht, als er sagte, dass ein Staat letztlich stets die Politik seiner geographischen Lage verfolgt. In einer globalisierten Welt verlangt unsere geographische Lage, dass wir uns der Europäischen Union annähern. Unsere geografische Lage wird uns früher oder später dazu zwingen, unseren Beitrag für ein kohärentes, regionales Miteinander zu leisten. Für Frieden und Wohlstand natürlich, aber auch und vor allem, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Die Engländerinnen und Engländer haben ein Sprichwort – und laufen Gefahr, es in Kürze auf sich selbst anwenden zu müssen: «there is no such thing as a free lunch». Wir würden eher sagen «früher oder später müssen blinde Passagiere ihre Rechnung bezahlen». Die Zeit ist gekommen, um nicht mehr passiv die Entscheide der EU über die Schweiz abzuwarten, sondern zur Weiterentwicklung unserer bilateralen Abkommen beizutragen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Der heutige Tag verspricht für uns aufregend und wichtig zu werden. Zuerst natürlich weil wir von unseren Co-Generalsekretärinnen – zumindest in ihrer aktuellen Funktion – Abschied nehmen. Ihr alle kennt die Bedeutung ihrer Arbeit für das Funktionieren der Partei, darauf werde ich später noch zurückkommen. Wir werden daher heute ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger wählen. Auch wenn die Spannung nicht riesig ist, umso mehr angesichts der Qualitäten der vorgeschlagenen Kandidatin und des vorgeschlagenen Kandidaten, ist es eine weitere Etappe für unsere Partei. Ferner habe ich betont, wie wichtig die Erneuerung unseres Wirtschaftsprogramms für uns ist. Es handelt sich um das Herzstück unseres Engagements als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, und die Fragen, die wir behandeln müssen, sind nicht trivial.

4. Statutarische Geschäfte

Budget 2018

Leyla Gül weist darauf hin, dass die SPS ein ausgeglichenes Budget vorlegen könne. Die höheren Einnahmen seien u.a. durch die am Parteitag beschlossene Beitragserhöhung und höheren Spendeneinnahmen zurückzuführen. Die höheren Ausgaben werden durch Ausgaben für einmalige Projekte (z.B. neue Mitgliederdatenbank, Landesstreik) und durch Ausgaben für den Wahlkampf 2019 begründet.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme Budget 2018.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Budget wird einstimmig angenommen.

Anpassung Reglement Parteifinanzen

Es sei eine Anpassung an die heutige Praxis, dass die Revisionsstelle alle zwei Jahren durch eine Delegiertenversammlung gewählt werde.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Anpassung wird einstimmig beschlossen.

5. Rede Alain Berset

Alain Berset, Bundespräsident

Die IT-Kompetenzen im Bundesrat seien beschränkt. So gelinge es nicht einmal, einen einfachen Resetknopf zu drücken. Dies sei bedenklich, wenn man sich bewusst sei, dass wir uns mitten in einer Revolution befinden. Eine Revolution, die viele Chancen biete, dies aber nur, wenn sie politisch gut begleitet werde. Es bestehe durchaus auch die Gefahr, dass ein grosser Teil der Bevölkerung präkonisiert werde. Er zitiert den Einstieg von Charles Dickens Werk «A Tale of Two Cities».

Zwar wachse die Flexibilität, es wachse aber auch die Gefahr der Selbstausbeutung. Der soziale Fortschritt und die Errungenschaften der Aufklärung müssen in die digitale Welt gerettet werden.

In der Industrie könne die Robotisierung die gesamten Produktionsprozesse auf den Kopf stellen. Es sei nicht selbstverständlich, dass die dadurch wegfallenden Arbeitsplätze durch neue ersetzt werden. Aufgabe der Politik sei nicht, die Entwicklung zu verhindern oder zu behindern, aber die Veränderungen müssen politisch gestaltet werden, damit sie einen gesellschaftlichen Nutzen haben. Deshalb sei es wichtig, sich für eine Politik der Inklusion und der Chancengleichheit einzusetzen. Es brauche eine starke Wirtschaft mit Spitzentechnologie, kombiniert mit einer starken sozialen Sicherheit und leistungsfähigen öffentlichen Institutionen. Die wettbewerbsfähigsten Länder würden genau dies berücksichtigen.

Je besser die Lebens- und Bildungschancen der Bevölkerung, desto stärker die wirtschaftliche Leistung. Angst hingegen verhindere neue Ideen und Innovationen.

Gewisse Kreise wollen jetzt bei der Prämienverbilligung sparen. Anstatt das Problem zu lösen, wollen sie es verschärfen. Zur Grundversorgung gehöre nicht nur ein öffentlich zugängliches Gesundheitswesen und eine sichere Altersvorsorge, sondern auch ein öffentliches Radio und Fernsehen. Ein Forum, in welchem alle zu Wort kommen können. Es sei ein Instrument, dass es für das Funktionieren der Demokratie brauche. Wenn es nach den Libertären ginge, würden alle nur bezahlen, was sie brauchen: Ihre eigene ETH, ihre eigenen Schulen, ihren eigenen Rechtsstaat usw.

Die Atomisierung der Gesellschaft mache aber keinen Sinn, denn dann gäbe es die Gesellschaft gar nicht. Aber auch die Wohlhabenden verdanken ihren Wohlstand der Gesellschaft. Fortschritt könne nur offensiv verteidigt werden. Dies sei auch die Intention des Landesstreiks gewesen.

6. Wahlgeschäfte

Wahl Nachfolge Generalsekretariat

Christian Levrat verabschiedet Flavia Wasserfallen und Leyla Gül. Er sei nicht wirklich begeistert, dass sie das Sekretariat verlassen. Gemeinsam mit Stefan Krattiger haben sie Abstimmungen gewonnen und – wie es sich für die SP gehöre – Abstimmungen verloren. Sie hätten gezeigt, dass die Führung des Zentralsekretariats im Jobsharing ein echter Mehrwert sei, was sich auch daran zeige,

dass man für die Nachfolge eine ähnliche Lösung gewählt habe. Er dankt Leyla und Flavia für ihren Einsatz in den letzten fünf Jahren. Die Delegierten danken Leyla und Flavia mit einer Standing Ovation.

Flavia Wasserfallen, Co-Generalsekretärin, bedankt sich bei Christian Levrat und dem gesamten Präsidium für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Sie hätten auch über 30 MitarbeiterInnen im Rücken, nur dank ihnen sei überhaupt alles möglich gewesen.

Leyla Gül, Co-Generalsekretärin, dankt allen Mitarbeitenden. Flavia und die Sprechende werden sie wahnsinnig vermissen. Sie dankt auch allen Anwesenden. Beide hätten sich immer auf den Austausch und die Diskussionen an den Delegiertenversammlungen gefreut.

Christian Levrat stellt die vorgeschlagene Nachfolge vor. Michael Sorg und Rebekka Wyler werden das Generalsekretariat wiederum im Jobsharing ausüben. Rebekka Wyler sei den meisten bekannt. Sie habe sich bei der JUSO engagiert, im Gemeindeparlament von Zürich und in der Exekutive von Erstfeld. Michael Sorg sei bereits seit mehreren Jahren Mediensprecher der Partei. Diesen Job gäbe er jetzt auf, um das Generalsekretariat zu übernehmen. Der Sprechende ist überzeugt, dass mit diesen beiden Personen eine ausgezeichnete Lösung gefunden wurde.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl von Rebekka Wyler und Michael Sorg.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Rebekka Wyler und Michael Sorg werden einstimmig gewählt.

Rebekka Wyler weist darauf hin, dass sie sich beide unabhängig beworben hätten und dann vom Präsidium gemeinsam zur Wahl vorgeschlagen wurden.

Michael Sorg bedankt sich für die Vorschusslorbeeren von Christian. Sein Vater habe ihn gefragt, ob er sein Amt eher als General oder als Sekretär ausfüllen wolle. Die Antwort sei einfach, er und Rebekka werden ihr Amt eher als Sekretäre, denn als General ausfüllen. Sie hätten das Glück, eine solide Partei zu übernehmen, die Abstimmungen und neue Mitglieder gewinne. Eine gute Zusammenarbeit mit den Sektionen und Kantonalparteien sei ihnen ein grosses Anliegen. Beide werden alle Kantonalparteien vor den Wahlen besuchen. Wichtig sei aber auch, dass man auf sie zukomme, wenn man ein Anliegen habe. Ihre Türen stehen offen.

Rebekka Wyler stellt sich kurz vor und lädt alle Anwesenden zu sich nach Erstfeld ein. Das wichtigste Ziel bis zu den Wahlen 2019 sei der innere Zusammenhalt der Partei zu wahren und zu stärken. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit mit den Organen, mit der Fraktion und den Mitgliedern. Das Mitgliederwachstum habe für sie eine hohe Priorität. Für und mit den Mitgliedern wollen sie die Wahlen 2019 gewinnen.

Neuwahl Präsidium Fachkommission Verkehr und Kommunikation

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl von Philipp Hadorn.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Philipp Hadorn wird einstimmig gewählt.

Neuwahl Präsidium Fachkommission Wissenschaft, Bildung und Kultur

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl von Martina Munz.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Martina Munz wird einstimmig gewählt

Neuwahl Präsidium Fachkommission Umwelt, Energie, Raumplanung

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl von Silva Semadeni.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Silva Semadeni wird einstimmig gewählt

Neuwahl Co-Präsidium Fachkommission Migration und Integration

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl Co-Präsidium Mustafa Atici und Cédric Wermuth.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Beide werden einstimmig gewählt.

7. Wirtschaft 4.0

Beat Jans, Nationalrat BS, führt in das Thema ein. Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sei ausgesprochen wichtig. Die SP müsse dafür sorgen, dass alle gleichermassen vom Wachstum profitieren und Umweltschutz und Gerechtigkeit nicht kurzfristigem Profitstreben geopfert werden. Es seien die gemeinsamen Werte der Partei, die wir in die Politik tragen müssen. Die SVP beschenke die Milliardäre ihrer Partei, die FDP reduziere den Begriff der Freiheit auf Bürokratieabbau und die CVP stehe jederzeit bereit, wenn die Wirtschaftsverbände rufen. Macht und Vermögen, welches nicht unter demokratischer Kontrolle stehe, sei am Wachsen. Der Klimawandel sei die wohl grösste Herausforderung, die es für die Wirtschaft je gab. Die Entwicklung der Wirtschaft komme immer weniger den Menschen zu Gute. Es brauche deshalb mehr wirtschaftspolitische Schlagkraft für die Partei. Die zentrale Frage sei nicht, ob die SP von sozialer Marktwirtschaft oder Überwindung des Kapitalismus spricht, sondern dass die Menschen verstehen, was sie will. Das gehe nur, wenn sie konkret werde. Deshalb werde das Papier gemeinsam mit den Mitgliedern partizipativ erarbeitet. 320 Mitglieder haben sich gemeldet, um daran mitzuarbeiten. In einem anspruchsvollen Prozess konnte mit 120 von ihnen dieses Papier erarbeitet werden. Beat bedankt sich bei jenen Personen, die die verschiedenen Workshops geleitet haben.

Der Prozess sei heute noch nicht fertig. Jetzt sei aber die Phase des Brainstormings abgeschlossen, nun werde sich die Partizipation eher auf die Funktion eines Soundingboards beschränken. Am Parteitag im Dezember wird dann das definitive Papier verabschiedet werden können.

Heute gehe es nicht darum, Texte zu bereinigen, sondern Stossrichtungen aufzuzeigen und politische Schwerpunkte zu setzen. Beat bedankt sich bei allen MotionärInnen. Ihre Motionen helfen, das Papier zu verbessern. Er empfiehlt deshalb die Ablehnung der Motion 1.

Beat glaubt, dass man mit dem Papier auf dem richtigen Weg sei. Dank den Anregungen wie bspw. zu Bodenpolitik oder Genderpolitik werde man das Papier verbessern können.

Flavia Wasserfallen erläutert den Ablauf der Debatte. Zuerst werde die Einstiegsdebatte geführt. Unbestrittene Anträge ohne Diskussion stillschweigend überwiesen, es wird keine Schlussabstimmung durchgeführt. Es wird sich nicht um ein verabschiedetes Papier handeln, sondern um ein Arbeitspapier für die weiteren Schritte.

Daniel Jositsch, Ständerat ZH, weist darauf hin, dass die «Reformorientierte Plattform» von Beginn an bei der Ausarbeitung des Papiers mitgearbeitet habe. Dieses Papier sei wichtig für die Aussendarstellung. Es stelle sich die Frage, ob man eine Volkspartei bleibe oder sich ganz an den linken Rand stelle. Das Papier schliesse alle UnternehmerInnen aus. Das verkenne die Tatsache, dass viele Unternehmen kleine und mittlere Betriebe seien, die sozial und ökologisch denken. Diese werden durch die Klassenkampfrhetorik abgestossen. Deshalb sei für sie das Konzept der sozialen Marktwirtschaft zentral. Eine Marktwirtschaft mit sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen. Die SP müsse sich gegen die Mitte öffnen, ohne unsere Werte aufzugeben. Die SP müsse zeigen, dass eine moderne Wirtschaft sozial und ökologisch sein müsse. Deshalb habe die «Reformorientierte Plattform» verschiedene Motionen eingereicht, um einen Beitrag zum Papier zu leisten.

Ursula Funk, SP Frauen*, hat das Papier mit Interesse gelesen. Sie habe mit Zufriedenheit festgestellt, dass alle Arbeitsgruppen die Querschnittaufgabe erhalten habe, die Themen Gender und Chancengleichheit zu behandeln. Die vorgeschlagenen Massnahmen seien aber noch ungenügend. Die Genderfrage müsse konsequent in das gesamte Dokument eingearbeitet werden. Das Manifest für eine feministische Sozialdemokratie sollte berücksichtigt werden.

Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin Basel-Land, weist daraufhin, dass die Wirtschaftspolitik zentral für die Sozialdemokratie sei. Das Papier müsse zeigen, in welchem ideologischen Rahmen wir uns bewegen. Das Papier könne die Ansprüche aber nicht erfüllen. Es zeige nicht, was der ideologische Rahmen sei und es zeige nicht, wohin die SP will. Sie verstehe deshalb, dass viele, die an diesem Papier mitgearbeitet haben, nun frustriert seien. Sie wolle den Prozess aber nicht bremsen, bevor er überhaupt richtig begonnen habe und hoffe, dass noch ein einigermaßen brauchbares Papier erstellt werden könne.

Die Geschlechterfrage sei eine zentrale Frage für die SP, die in der Öffentlichkeit immer mehr Gewicht erhalte. Noch immer habe die SP kein feministisches Wirtschaftskonzept erarbeitet. Es gehe um fundamentale Fragen.

Es finde sich im Papier keine saubere Analyse und keine Klärung der Schwerpunkte. Das Papier mache nicht klar, was wir wollen. Es fehle eine Analyse der vergangenen Wirtschaftskonzepte und weshalb diese nur teilweise durchgesetzt werden konnten. Klassenkampf sei keine Rhetorik sondern Politik. Und diese fordere sie von diesem Papier. 100 Jahre nach dem Generalstreik sollte klar sein, dass wir uns um eine ideologische Analyse nicht drücken könne.

Es brauche konkrete Vorschläge, wie die SP die Situation jener Menschen verbessern kann, die sie vertritt. Das Ergebnis müsse eine Wirtschaftspolitik sein, die den Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen zu Gute kommt.

Salome Adam, SP Frauen*, weist darauf hin, dass es der SP nicht mehr gelinge, gewisse Menschen zu erreichen. Sie verweist ebenfalls auf das Manifest für eine konsequente feministische Sozialdemokratie. Es fehle eine Analyse, die zeige, dass die Wirtschaft ungerecht sei. Sie hoffe, dass tatsächlich ein Wirtschaftspapier 4.0 entstehen werde.

Fabian Molina, SP ZH, betont, dass wir uns mit einer für die Partei zentralen Frage beschäftigen. Die SP brauche mehr wirtschaftspolitische Schlagkraft. Er sei etwas überrascht gewesen, als er das Verfahren zur heutigen Besprechung erfahren habe. Deshalb stellt er den Antrag, dass das Papier bereits heute antragsberechtigt sei. Anders als dies möglicherweise Daniel Jositsch sehe, sollte man sich seiner Ansicht nach eher nicht an der SPD orientieren.

Roger Nordmann erläutert, weshalb man sich entschieden habe, dass heute demokratisch Vorschläge für Anpassungen eingebracht werden könnten. Dazu diene das Instrument der Motionen. Deshalb soll der Antrag von Fabian Molina abgelehnt werden. Alle überwiesenen Motionen werden in den Text eingepflegt.

Flavia Wasserfallen hat keinen Rückweisungs- oder Nichteintretensantrag vernommen.

Motion 1

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Motionen für ein Papier, das an einer Delegiertenversammlung behandelt wird, sind tatsächlich ein spezielles Instrument. Nach Ansicht der GL macht es aber Sinn, dieses Instrument so einzusetzen. Das vorliegende Papier ist ein Zwischenschritt zum finalen Wirtschaftskonzept, das am Parteitag im Dezember verabschiedet werden soll. Wie beschrieben, geht der Bearbeitungsprozess nach der DV weiter, es kann und wird dann auch nochmals zu Anpassungen kommen. Daher ist es nicht zielführend und nicht praktikabel, wenn am jetzigen Papier verbindliche Anträge zu konkreten Textstellen gemacht werden. Solche Anträge können dann für die Endfassung eingereicht werden, die dem Parteitag vorgelegt wird.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Motion wird klar abgelehnt.

Motion 5

Michel Ketterle, SP St. Gallen, wünscht, dass sich die SP stärker um das Thema Datensicherheit kümmert. Es seien klare Regeln nötig. Er ist aber mit der modifizierten Annahme einverstanden.

Motion 7

Tim Cuénod, SP Basel-Stadt, ist mit der modifizierten Annahme nicht glücklich. Im Moment sei das Papier in diesem Punkt noch nicht auf der Höhe. Er hält deshalb an der vollständigen Annahme fest.

Roger Nordmann begründet die Haltung der Geschäftsleitung. Die Geschäftsleitung ist der Meinung, dass die Digitalisierung nicht das alles dominierende Thema für das Papier sein sollte.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten folgen der Geschäftsleitung mit 80 zu 54 Stimmen.

Motion 8

Die Motion wird durch die AntragsstellerInnen zurückgezogen.

Yvonne Beutler, Stadträtin Winterthur, erinnert daran, dass Fortschritt nicht «bewältigt» werden muss. Wir müssten mit dem Strom schwimmen, statt dagegen. Deshalb ist die Digitalisierung eine

grosse Chance. Es müssen deshalb gute Rahmenbedingungen geschaffen werden anstatt «Angst zu schüren».

Roger Nordmann ist davon überzeugt, dass man weder die Risiken noch die Chancen stärker gewichten muss. Il faut saisir les chances (comme, par exemple, dans les domaines de la formation et de la recherche) mais on ne peut pas oublier les risques pour autant.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Das Problem der sozialen Isolation wird in Kapitel 3.1.2 bereits erwähnt. Es soll aber nicht weiter ausgeführt werden. Die Gründe dafür sind äusserst vielschichtig. Die gesellschaftsweiten Individualisierungsprozesse laufen seit Jahrzehnten und wurden gerade durch neoliberale Politik vorangetrieben. Die Digitalisierung wirkt hier höchstens verstärkend. Gleichzeitig können digitale Kommunikationsmöglichkeiten den realen sozialen Austausch auch anregen. Schliesslich erachtet die GL das Wirtschaftskonzept nicht als geeignet, um sich dieser gesellschaftspolitischen Thematik im Detail anzunehmen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Da die Motion zurückgezogen wurde, ist keine Abstimmung durchgeführt worden.

Motion 10

Peter Tschanz, SP Lenzburg, erinnert daran, dass soziale Fortschritte in Bolivien nicht ohne die Globalisierung möglich gewesen wären. Deshalb muss die Globalisierung auch als etwas Positives anerkannt werden muss.

Claudia Friedli, NR St. Gallen, weist darauf hin, dass die SP Fraktion entschieden habe, sich nur für Freihandelsabkommen auszusprechen, die für fairen Handel stehen. Wir brauchen aber Strukturen für die Kontrolle und die Umsetzung unserer Forderungen.

Ronja Jansen, JUSO, vertritt die Haltung, dass Freihandel durch und durch unfair sei. Die Grosskonzerne verhalten sich antisozial und aggressiv. Freihandelsabkommen dienen heute der systematischen Untergrabung der sozialen und ökologischen Standarte.

Beat Jans betont, dass das Papier klar darlegt, dass die SP die Chancen der Globalisierung sieht, es für diese Chancen aber Fairness und Schutz der Arbeitnehmer und der Natur braucht. Protektionismus sei keine Option für die SP, es sei aber wichtig, dass der Welthandel fairer wird.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Kapitel 3.1 enthält eine differenzierte Darstellung von Chancen und Risiken. Die Ausführungen der Motionärin entsprechen bereits weitgehend den im Arbeitspapier skizzierten Stossrichtungen. Eine pauschale Höhergewichtung der Chancen gegenüber den Risiken der Digitalisierung scheint der GL aber keine angemessene sozialdemokratische Strategie zu sein. Tatsache ist, dass die Digitalisierung der Arbeitswelt unter den herrschenden Bedingungen für viele Menschen ein Risiko darstellt. Das primäre Ziel der SP ist es, dass der digitale Wandel auf demokratische Weise, international gerecht und im Interesse der Allgemeinheit gestaltet wird. Dass die Weiterbildung gestärkt werden muss, ist Bestandteil des Papiers (Stossrichtung 1) und bietet eine Basis für präzisere Forderungen. Dass Arbeitskräfte „fit“ zu machen seien, damit sie mit dem „digitalen Wandel mithalten können“ ist nach Meinung der der GL eine unvollständige, einseitige Sichtweise.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Motion wird abgelehnt

Motion 13

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL ist nicht der Ansicht, dass Kapitel 3.2 die Risiken der Globalisierung überbetont. Die Globalisierung nach neoliberaler Muster wurde die in den letzten Jahren und Jahrzehnten oftmals in geradezu radikaler Weise vorangetrieben. Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen des internationalen Handels sind ambivalent. Nur auf Basis einer ausgewogenen Analyse kann eine sozialdemokratische Position formuliert werden. Den „GlobalisierungsgewinnerInnen“ stehen auch zahlreiche „GlobalisierungsverliererInnen“ gegenüber (zu letzteren gehört auch die Natur). Diese Widersprüche zu benennen und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, ist Aufgabe einer sozialdemokratischen Politik. Wichtig ist es dabei auch, die internationalen Verhältnisse und insbesondere die sozialen und ökologischen Realitäten im „Globalen Süden“ im Blick zu behalten – und deren Zusammenhang mit dem Wohlstand in der Schweiz resp. im „Globalen Norden“.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Ablehnung

Motion 14

Ronja Jansen fordert, die Folgen und Ursachen der Globalisierung konkret zu benennen. Deshalb empfiehlt sie die Motion 14 zur Annahme.

Beat Jans unterstützt, dass die Globalisierung ganzheitlich gedacht werden muss. Dies werde im Papier aber bereits zu genüge berücksichtigt. Die Globalisierung habe zudem nicht überall die sozialen Ungleichheiten verstärkt – im Gegenteil. Deshalb seien heute insbesondere internationale Verträge notwendig, die für mehr Gerechtigkeit stehen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Ursachen und Folgen der Globalisierung werden in Kapitel 3 ausdrücklich und differenziert aufgeführt. Im Kapitel 3.2. werden die Treiber der Globalisierung Sinne der Arbeitsgruppe 'Globalisierte Wirtschaft' ausführlich beschrieben. Auf alternative Konzepte wird in der Einleitung zu Kapitel 4c hingewiesen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Ablehnung mit 75 gegen 64 Stimmen.

Motion 20

Renato Werndli, SP St. Gallen, hält an der vollständigen Überweisung fest. Wir leben im Norden seit Jahrzehnten im Überfluss, während gleichzeitig Millionen Menschen verhungern. Dazu brauche es eine Analyse. Diese müsse nicht ausführlich sein, sondern könne das Thema in einfachen Worten beschreiben.

Beat Jans ist der Meinung, dass dieses Thema bereits umfangreich abgebildet sei. Er sieht nicht, wo die Analyse zu vertiefen wäre. Eine umfassende Analyse, die alles erklärt, kann und will das Papier nicht bieten. Aus seiner Sicht wäre es wichtiger, die Energie in die Erarbeitung konkreter Massnahmen zu investieren.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die deutliche Mehrheit folgt der Geschäftsleitung und beschliesst modifizierte Annahme.

Motion 24 und Motion 25

Kristina Schüpbach, SP Bern, stellt den Antrag auf vollständige Annahme der Motionen 24 und 25. Sie ist ernüchtert, dass Themen wie Care Arbeit ohne Analyse und Einbettung abgehandelt werden. Die Erkenntnisse der feministischen Ökonomie seien kaum in das Papier eingeflossen. Eine feministische Perspektive beschränke sich nicht auf Pflege und Betreuung, sondern beachte beispielsweise auch die Einkommens- und Vermögensverteilung. Die Liberalisierung des Handels haben starke und ungleiche Auswirkungen auf die Menschen, abhängig von Klasse, Geschlecht etc.

Roger Nordmann anerkennt den Umstand, dass der Bereich der feministischen Ökonomie und der Care Arbeit zu wenig vertieft abgehandelt werden. Nur vier Prozent der Menschen, die am Papier mitarbeiten wollten, waren Frauen. Er wünscht sich deshalb, dass Frauen sich im zweiten Teil der Erarbeitung des Papiers verstärkt einbringen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Motionen 24 und 25 werden gegen die Empfehlung der Geschäftsleitung deutlich vollständig angenommen.

Motion 33

Daniel Jositsch möchte mit der Motion 33 die Wirtschaft differenzierter darstellen. Zurzeit beschränke sich das Papier auf die Sicht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Er möchte das Papier auch auf Unternehmerinnen und Unternehmer ausweiten. Für die verantwortungsvollen unter ihnen muss die SP eine Heimat bieten.

Nadia Kuhn, JUSO, betont, dass viele Menschen für ihr Geld arbeiten. Dazu gehören auch Selbstständige oder Unternehmer. Es gäbe aber auch Menschen, die dank ihres Vermögens nicht arbeiten müssen, um Geld zu verdienen. Die einzig wirksame Methode, den Umweltschutz zu stärken, seien Verbote und Reglemente.

Roger Nordmann, findet es eine Karikatur, dass mit der Motion behauptet werde, dass das Papier die Wirtschaft zu wenig differenziert darstelle. Man könne nicht verneinen, dass es ein Problem gibt bei der Verteilung des Vermögens.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der GL ist bewusst, dass es keine scharfe Grenze zwischen Arbeitsleistenden und AnlegerInnen (Kapital) gibt. Trotzdem ist die Unterscheidung zwischen 'solchen, die arbeiten' (Angestellte, Selbstständige, KMUs) und 'solchen, die andere arbeiten lassen' (Kapital) ein wichtiges Element der SP-Wirtschaftspolitik. Wie die Analyse aufzeigt, haben sich letztere in den vergangenen Jahrzehnten mit starker Unterstützung bürgerlicher Politik auf Kosten ersterer bereichert. In der Analyse soll stärker darauf hingewiesen werden, dass PKs wichtige Anlegerinnen sind und darauf, dass deren Anlagepolitik zu wenig nachhaltig und zu wenig im Interesse der Bedürfnisse der Schweizer Realwirtschaft ist.

Die Forderungen von Startups, KMUs und Konsumentinnen sind in den Stossrichtungen 3, 4, 7 (letzter Satz) und 8 bereits enthalten. Eine Sonderbehandlung dieser Gruppen ist aber nicht im Sinne der SP.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Motion wird deutlich abgelehnt.

Motion 38

Lewin Lempert, JUSO, erinnert daran, dass am Parteitag in Thun das Konzept der Wirtschaftsdemokratie mit 85 Prozent Zustimmung angenommen wurde. Entscheidende Aspekte der Wirtschaftsdemokratie würden im nun vorliegenden Papier aber beiseitegelassen. Es brauche eine Konkretisierung, was «Überwindung des Kapitalismus» eigentlich bedeute. Es reiche nicht, nur über Mitbestimmung zu sprechen, wie dies im Moment der Fall sei.

Roger Nordmann, betont, dass Beteiligung und Mitbestimmung im Papier einen roten Faden bilden. Er empfiehlt deshalb die modifizierte Annahme.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Mit 68 zu 65 Stimmen beschliesst die Delegiertenversammlung die modifizierte Annahme.

Motion 39

Claudia Friedl hält an der vollständigen Überweisung des Antrages fest. Das Thema müsse umfänglich im Papier dargestellt werden.

Roger Nordmann, erläutert dass diese Punkte bereits in verschiedenen anderen Papieren behandelt werde. Deshalb möchte die Geschäftsleitung die Motion modifiziert annehmen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Motion wird deutlich angenommen.

Motion 43

Brice Touilloux, JUSO, bedauert, dass eine Analyse für die Ungerechtigkeiten der Wirtschaft im Papier fehle. Ungerechtigkeit sei eine Folge des Kapitalismus. Um über Gerechtigkeit diskutieren zu können, müsse zuerst der Begriff des Eigentums geklärt werden.

Timothy Oesch, JUSO, fehlt eine Auseinandersetzung über die Frage der Eigentumsverteilung. Im Papier seien dazu nur Binsenwahrheiten zu finden. Das Papier müsse auf das «warum» und «weil» eingehen. Für ein gut ausgearbeitetes Wirtschaftskonzept müsse die Frage, nach Eigentumsverhältnisse und Eigentumsakkumulation geklärt werden.

Roger Nordmann, erinnert, dass in Thun beschlossen wurde, dass das Privateigentum nicht abgeschafft werden solle. Diese Forderung komme nun mit dieser Motion in einer neuen Form wieder daher. Die SP werde aber sicher nicht die Aufgabe des Privateigentums fordern.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Mit dem Ende 2016 verabschiedeten Wirtschaftsdemokratie-Papier hat sich die SP (erneut) dazu bekannt, dass sie nach Wegen einer gesamtgesellschaftlichen Transformation sucht, die über den Kapitalismus hinausweisen. Mit dem Wirtschaftskonzept soll der Fokus nun aber noch stärker auf ganz konkrete, kurz- und mittelfristige wirtschaftspolitische Massnahmen gelegt werden. Deshalb steht die Systemfrage nicht im Vordergrund. Die (Privat-)Eigentumsfrage wird im Papier zwar nicht explizit gestellt, mit dem Plädoyer für einen starken Service public, demokratische Unternehmen und generell eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftspolitik sind aber zentrale damit zusammenhängende Aspekte angesprochen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Motion wird mit 95 zu 48 Stimmen abgelehnt.

Motion 44

Daniel Jositsch erläutert, dass die vorliegende Motion ein Grundanliegen der Reformorientierten Plattform sei. Die soziale Marktwirtschaft solle Grundlage des Wirtschaftspapiers sein, eine dirigistische Politik hingegen abgelehnt werden. Zwar sollen Leitplanken gesetzt, die wirtschaftliche Innovation aber nicht abgewürgt werden. Marktwirtschaft zu negieren, wäre eine Politik, die an der Realität vorbeiziele.

Roger Nordmann hält den Inhalt der Motion für zweifelhaft. Diese arbeite mit dem Begriff der «Rahmenbedingungen» und dieser diene immer nur dazu, sich aus der Verantwortung zu ziehen. Wir wollen den Markt nicht einfach den Wettbewerbern überlassen. Nachdem man sich vorher von den Kommunisten distanziert habe, müsse man sich nun auch von dem Marktradikalen abgrenzen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Es geht nicht darum, Rahmenbedingungen zu setzen, damit der Wettbewerb im Markt optimal spielen kann. Vielmehr will die SP wirtschaftspolitisch gestaltend auf die Marktkräfte einwirken, um die Wirtschaft ökologischer, sozialer und gerechter zu gestalten. Wie bereits in den Diskussionen und Entscheiden rund um das Positionspapier zur Wirtschaftsdemokratie am Parteitag 2016 in Thun klar wurde, ist die Demokratisierung der Wirtschaft für die SP Schweiz der Weg, um eine Wirtschaft zu schaffen, die den Menschen und dem Gemeinwohl statt den Profitinteressen des Kapitals dient. Wie in Kapitel 1 ausgeführt wird, ist der Begriff Freiheit für die SP zentral. Er soll aber nicht auf Wahl- und Konsumfreiheit reduziert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Motion wird deutlich abgelehnt.

Motion 53

Jürg Weber, SP ZH, stört sich daran, dass es sich um ein 10-Jahreskonzept handelt. Es gehe nicht um eine Änderung des Konzeptes, sondern um eine Änderung der Terminologie. Das Papier soll nicht zu einem Papiertiger werden, sondern sich im Laufe der Zeit verändern können.

Michael Peterer, SP Wohlen, will ebenfalls nicht das Konzept grundsätzlich in Frage stellen. Es sollte aber die Möglichkeit geben, dieses Papier in einigen Jahren anzupassen. Zudem wünscht er sich, dass moderne Kommunikationsmittel für die Vermittlung des Wirtschaftskonzeptes eingesetzt werden.

Beat Jans, bittet die Motion abzulehnen. Natürlich wolle man das Konzept vielfältig vermitteln – wie man das bisher bereits mit dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie gemacht habe. Klar abgelehnt wird hingegen den Wunsch einer rollenden Anpassung. Eine solche Anpassung könne nur im Rahmen einer Delegiertenversammlung geschehen. Für die Erarbeitung sei es nun wichtig, einen Horizont abzustecken.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Das 10-Jahreskonzept entspricht dem Auftrag der Geschäftsleitung. Die Zielsetzung soll jetzt, mitten im Prozess, nicht mehr angepasst werden. Die Öffentlichkeitsarbeit dazu wird noch erarbeitet und zeitgemässe Möglichkeiten berücksichtigt werden.

Das Anliegen (App-Version, Clip etc) ist wünschenswert, es übersteigt aber die Möglichkeiten der SP, zum jetzigen Zeitpunkt alle Wünsche zu erfüllen. Die Positionspapiere der SP Schweiz in regelmässigen Abständen, insbesondere bei Bedarf aktualisiert. Wirtschaftspolitik ist für die SP sehr wichtig. Dennoch soll sie nicht massiv stärker priorisiert werden als andere Politikfelder.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Motion wird deutlich abgelehnt.

Motion 58

Die Motion wurde von den MotionärInnen zurückgezogen. Eine Abstimmung entfällt deshalb.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Kapitel 3 ist so aufgebaut, dass wir bei allen Kontroversen (Digitalisierung, Globalisierung, Klima/Wachstum) eine Darlegung der Chancen und Risiken vornehmen und dann in einem folgenden Kapitel (Kasten 3.1.3, 3.2.3 und 3.3.3) die Schlussfolgerungen aus sozialdemokratischer Sicht ziehen. Eine Änderung der Position des Kapitels 3.3.3 würde diese Konsistenz aufheben.

Beat Jans wünscht sich zum Abschluss der Diskussion nochmals, dass mehr Frauen an diesem Papier arbeiten.

8. Parolenfassung für die eidg. Abstimmung vom 10. Juni 2018

Flavia Wasserfallen, berichtet über die Kampagne zur No-Billag-Initiative. Die Parole wurde nicht im Rahmen einer Delegiertenversammlung, sondern bereits im November von der Geschäftsleitung gefasst. Sie weist auf die WhatsApp-Schlussmobilisierung hin.

Volksinitiative vom 1. Dezember 2015 „Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)“

Raffael Wüthrich vertritt die Meinung, dass das Geldsystem unbemerkt privatisiert worden sei. 70 Prozent der schweizerischen Bevölkerung wisse nicht, dass das Geld auf ihrem Konto von einer Privatbank per Knopfdruck geschaffen worden sei. Bei der nächsten Bankenkrise sei dieses Geld sehr unsicher. Den Grund dafür sieht der Sprechende darin, dass es sich dabei nicht um verfassungsgemässes Geld handle, sondern dieses nur ein Gutschein für Bargeld sei. Dieser Gutschein könne nur solange eingelöst werden, wie die Bank bestehe. Der Gutschein sei aber nicht genügend

gedeckt mit Bargeld und das führe wiederum zur Problematik von «Too Big to Fail». Vollgeld sei ein anderer Begriff für vollwertige gesetzliche Zahlungsmittel, also für Banknoten und -münzen. Wenn nur noch die Nationalbank Geld schaffen könnte, wäre das Geld zum einen sicherer und gleichzeitig die Gefahr von Wirtschaftsblasen eingedämmt. Es stelle sich die Frage, wer unser Geld herstellen solle: UBS und CS oder die Nationalbank? Die Idee, dass Geld eine Form des Service Public ist, werde unabhängig vom Abstimmungsresultat Bestand haben.

Susanne Leutenegger Oberholzer vertritt die Nein-Parole. Sie ist gegen die Initiative, weil sie die realen Probleme nicht löse. Die Ursache der Finanzkrise liege in der Liberalisierung und Entfesselung der Finanzmärkte. Damit haben sich die Finanzmärkte von der realen Wirtschaft entfernt. Eine Lösung könne nur ein Bretton-Wood-System bieten.

Damit das Geld sicher sei, fordert die SP ein genügend grosses Eigenkapital der Banken, dieses solle bei 20 Prozent liegen. Darüber hinaus gibt es bis zu einer gewissen Höhe Sicherungen für Bankeinlagen. Längere Erfahrungen mit Vollgeld habe aber kein Land. Die Folge wäre eine absolute Machtkonzentration bei der Nationalbank. Die Initiative fordert eine stärkere Unabhängigkeit der Nationalbank, die bei einer Annahme zu einer vierten Gewalt im Staat würde. Mit der Preisgabe des Schweizerfrankens sei sichtbar geworden, was geschieht, wenn die Nationalbank nur noch an das Gesetz gebunden wäre. Eine Partei, deren Wirtschaftspolitik ernstgenommen werden soll, könne dieser Initiative nicht zustimmen. Eine Annahme wäre ein Experiment mit höchst ungewissen Ausgang ohne dass eines der Probleme gelöst werden könnte.

Werner Kallenberger, SP Zürich, nimmt Stellung zu den Aussagen von Susanne Leutenegger Oberholzer. Er hat den Verdacht, dass eine grosse Mehrheit der nationalen ParlamentarierInnen von Geldpolitik kaum eine Ahnung habe und die Initiative nur deshalb ablehne, weil sie nicht von der SP selber komme.

Christian Levrat, weist darauf hin, dass mit der Initiative die politische Führung der Nationalbank geschwächt würde. Dabei sollte die demokratische Kontrolle der Nationalbank eher ausgebaut werden. Zudem könne die Initiative in einem einzelnen Land nicht umgesetzt werden, sondern sollte global erfolgen. Die SP könne weder eine Ja-Parole noch eine Stimmfreigabe zur Initiative aus romantischen Gründen fassen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Nein-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Versammlung beschliesst mit 87 zu 40 Stimmen die Nein-Parole.

Die Nein-Parole wird der Stimmfreigabe gegenübergestellt. Mit 90 zu 49 wird die Nein-Parole beschlossen.

Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS).

Geraldine Savary, Ständerätin Kanton Waadt, erläutert, dass es darum gehe, Geldspielsüchtige besser zu schützen. Eine zentrale Frage sei zudem, wer ein Anrecht auf den Gewinn aus den Geldspielen habe. Konkret, ob dies ausländische Firmen oder die Kantone, Kultur usw. seien. Die Kreise, die das Referendum ergriffen habe, werden von ausländischen Casinos unterstützt. Dies überrasche nicht, geht es doch um grosse finanzielle Summen. Das Geld sollte bei den Kantonen bleiben anstatt bei ausländischen Scheinfirmen zu versickern.

Philipp Flach, SP Zürich, ist gegen das Bundesgesetz. Er habe viel Erfahrung im Bereich der IT-Sicherheit und des Datenschutzes. Die vorgesehene Sperre könne aber leicht und ohne grosse IT-Kenntnisse umgegangen werden. Der freie, sichere und schnelle Internetzugang sei Bevölkerung und Wirtschaft sehr wichtig. Die Netzsperrung stelle aber einen wichtigen Präzedenzfall dar. Er empfiehlt deshalb ein Nein zur Internetzensur und gegen die digitale Abschottung.

Michel Ketterle, SP Wil SG, bemängelt, dass mit dem Gesetz Netzsperrungen eingeführt werden. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass – sind solche erst einmal eingeführt – bald weitere Forderungen nach Netzsperrungen für andere Bereiche folgen. Netzsperrungen können auch missbraucht werden, weshalb das Thema nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollte. Es gäbe seiner Meinung nach andere Lösungen, um das Problem anzugehen. Gegen illegales Glücksspiel sollte aktiv vorgegangen werden, anstatt dieses mit Netzsperrungen zu ignorieren.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ja-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Versammlung beschliesst mit 90 zu 36 Stimmen bei 10 Enthaltungen die Ja-Parole.

9. Resolutionen und Anträge

R-1a der Geschäftsleitung: Nein zu einer Strommarktöffnung

R-1b der Jusos: Gegenresolution „Nein zu einer Strommarktöffnung“

Rolf Zimmermann, SP 60+, versteht nicht, weshalb jetzt eine Strommarktdebatte geführt werden soll. Er sieht keinen Grund, die bisherige Position zu verlassen. Mit der Resolution werde über die Hintertür eine bedingte Liberalisierung eingeführt. Eine Liberalisierung ist aber völlig undenkbar, die Stromversorgung stelle ein klassisches Marktversagen dar. Es brauche einen Schutz gegen die Angebotsmacht. Er bittet deshalb um die Unterstützung der JUSO-Resolution.

Brice Touilloux weist darauf hin, dass in der EU der Strommarkt liberalisiert worden sei. Dieser Wettbewerb gehe auf Kosten der kleinen Kunden und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Er gehe auch auf Kosten der Umwelt. Deshalb müsse sich die gegen jede Strommarktliberalisierung einsetzen. Er empfiehlt deshalb die Annahme der Gegenresolution der JUSO

Michael Zimmermann, SP Genf, wird nicht lange sprechen, da Rolf Zimmermann bereits genau aufgezeigt habe, worum es geht. Die SP muss ein grosses Interesse daran haben, dass wir ganz klar machen, dass wir keiner Liberalisierung des Strommarktes zustimmen. Deshalb sei die Gegenresolution zu unterstützen.

Roger Nordmann, wünscht eine Unterstützung der Resolution der Geschäftsleitung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme der Resolution R-1a der GL, Ablehnung der Resolution R-1b zugunsten von R-1a der GL.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Versammlung beschliesst mit 71 zu 63 Stimmen die Unterstützung der Resolution der Geschäftsleitung.

R-2 der Geschäftsleitung: Demokratie braucht eine vielfältige Medienlandschaft und journalistische Qualität

Geraldine Savary, wenn die Medien nur auf ihre Rentabilität schauen würden, wäre heute kein Journalist hier in Altdorf, um über das Wirtschaftspapier der SP zu berichten. Es ist wichtig, dass qualitativ hochwertige Medien gewährleistet bleiben. Dazu muss auch das Tabu der Direktzahlungen fallen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Einstimmige Annahme.

R-3 SP MigrantInnen Schweiz: Volle politische Rechte für alle – auch für MigrantInnen

Mustafa Atici, Präsident SP MigrantInnen, erläutert, dass 20 Prozent der Wohnbevölkerung nicht an der schweizerischen Demokratie teilhaben können. Deshalb sollten die politischen Rechte erweitert werden. Der Sprechende weist auf verschiedene konkrete Beispiele hin. Die SP MigrantInnen unterstützen weiterhin Menschen, die sich einbürgern lassen wollen.

Emmanuel Deonna, SP MigrantInnen, weist auf das Projekt Papyrus in Genf hin und wünscht, dass dieses auch an anderen Orten umgesetzt wird.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Einstimmige Annahme.

R4-a der Geschäftsleitung: Für eine menschliche Anwendung der Dublin-Verordnung zum Schutz besonders verletzlicher Flüchtlinge

Keine Wortmeldungen

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Einstimmige Annahme

R-4b SP60+: Rückstellung von Migranten „Nichteintretenentscheid“ (NEM)

Die Resolution wurde zu Gunsten von R4-a zurückgezogen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten R4-a der GL

R-5 SP Graubünden et al: Nein zu Olympia

Die AntragstellerInnen sind mit der Sistierung einverstanden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Sistierung des Entscheids der SPS, bis sich alle betroffenen Kantonalparteien, insbesondere die PS Valais Romand, positioniert haben.

R-6 Fabian Molina et al: USR IV - Den ruinösen Steuerwettlauf bekämpfen

Fabian Molina, erinnert, dass sich Glencore im Tschad eine goldene Nase verdiene und dieses Land gleichzeitig ihr grösstes Sparprogramm umsetzen müsse. Nicht nur Glencore, sondern auch viele andere Konzerne zerstören die Lebensgrundlagen von vielen Menschen. Aus einer Steuer-Perspektive sei die Schweiz ein Piratenhafen. Gerechtigkeit mache nicht an den Landesgrenzen halt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird einstimmig bei einigen Enthaltungen angenommen.

R-7 SP Tessin: Für eine bessere Integration der Sprachminderheiten in der SPS

Keine Wortmeldung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme mit dem Auftrag eine Leistungsvereinbarung auszuarbeiten.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

A-1 Coordination latine: Unterstützung der Initiative „Organspende fördern – Leben retten“

Stéphane Montangero, SP Waadt, erläutert den Inhalt der Initiative, die das Prinzip umkehren will, dass man sich als Organspender ausweisen muss. Viele Menschen sterben heute, weil zu wenige Organe gespendet werden. Deshalb muss die Initiative bekannt gemacht werden.

Die Antragsstellenden sind mit der Sistierung einverstanden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Verschiebung bis zum Fassen der Abstimmungsparole der Partei.

A-2 Renato Werndli: Unterstützung der eidg. Volksinitiative „Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt“ bei der Unterschriftensammlung

Renato Werndli, SP St. Gallen, bezeichnet Tierversuche als unwissenschaftlich, da die Ergebnisse nicht 1:1 auf Menschen angepasst werden können. Die SP müsse sich endlich auch für andere Spezies einsetzen. Deshalb bittet der Antragssteller, die Initiativbogen an die Mitglieder zu versenden.

Geraldine Savary, begründet die Ablehnung der Initiative. Diese schränke die Wissenschaft zu sehr ein. Der Tierschutz soll verstärkt, indem bspw. einzelne Tierarten von Tierversuchen ausgeschlossen werden und Tierversuche nur zulässig sind wenn sie einen klaren Mehrwert bringen.

Flavia Wasserfallen weist daraufhin, dass eine Zweidrittelmehrheit notwendig wäre, um Unterstützung der Initiative zu beschliessen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: 1. Ablehnung des Antrags auf Unterstützung der Initiative / 2. Bekenntnis der SP zur Stärkung des Tierschutzes.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag wird deutlich abgelehnt.

10. Schluss / Apéro

Flavia Wasserfallen schliesst die Delegiertenversammlung, dankt allen für die Anwesenheit. Ein spezieller Dank geht an den Kanton Uri, die Gemeinde Altdorf und die SP Kanton Uri für die grosszügigen finanziellen Unterstützungen und die Gastfreundschaft. Des Weiteren bedankt sie sich bei den DolmetscherInnen, bei Stefan Merki und seinem Team von x-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SPS in Bern.

Wortmeldungen nach Geschlechter an der DV vom 24. Februar 2018 in Altdorf

	Frauen	Männer
Reden	0	2 Parteipräsident Christian Levrat Bundespräsident Alain Berset
Leitung Versammlung	2	0
Wortmeldungen	28	47